

Südwestdeutsche Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden, Sachsen
Postleitzahl: 22241
Preis für Rechteinhaber: Mr. 2000,-
Geschäftsführung u. Herausgeberschaft:
Dresden - R. L., Marienstraße 22/42

Bezugserlöse bei Mietzins zweimaliges Auftreten monatlich 2.40 RM (einfachst 20 Mfg. für
Ergebnisse), durch Bezug 2.40 Mfg. einschließlich 20 Mfg. Postgebühr (ohne Bezugsergebnisgebühr)
bei 7 mal wöchentlichem Bezug. Einzelnummer 10 Mfg., außerhalb Sachsen 15 Mfg. Preisge-
preise: Die einzige 20 mm breite Seite 20 Mfg., die ausweite 40 Mfg. Sammlerpreise und
Stempelpreise ohne Rabatt 15 Mfg., außerhalb 25 Mfg., die 20 mm breite Belegseite 20 Mfg.,
außerhalb 35 Mfg. Offizierspostfahrt 20 Mfg. Einzelartikel keine Bezeichnung
Schmuckblätter werden nicht aufbewahrt

Druck u. Verlag: Reich & Weißbach,
Dresden, Postfach 810, 1068 Dresden
Postkarte nur mit deutscher Ausstellung
(Deutsch, Recht) gültig. Auslandsges-
chäfte werden nicht aufbewahrt

Der Existenzkampf der Landwirtschaft

Erläuterungen Schieles vor den Agrarministern

Berlin, 11. Sept. In der am Freitag in Anwesenheit des Reichskanzlers in der Reichskanzlei abgehaltenen Konferenz der Landwirtschaftsminister über die Völker gab Minister Schiele einleitend einen Überblick über die agrarpolitische Entwicklung der letzten Jahre und legte seine Grundsätze für die künftige Agrarpolitik dar.

Minister Schiele spricht u. a. aus:

Seit der Wende des Jahres 1929/30 hat die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland völlig unter dem Seelen des Zusammenbruches der Agrarkrisen am Weltmarkt gestanden. Im Mittelpunkt der Agrarpolitik stand die Abwehr der zu niedrigen Preisen bereitgestellten, den deutschen Markt überschwemmenden Auslandswaren, d. h. die Hollpolitik. Neben der Hollpolitik allein ist aber der Agrarkrisis nicht beizukommen. Akute Krise der gegenwärtig noch wie vor anhaltenden und sich sogar noch weiter verschärften Agrarkrise liegen heute auf innerwirtschaftlichem Gebiet. Hieraus ergeben sich die

Mittelmaßnahmen für unsere künftige Agrarpolitik:

1. Das auch gut geleitete Betriebe mit besten Erträgen und rationelle Wirtschaftsführung mit Verlust abschließen, liegt im wesentlichen an der hohen Bindungslage. Bei den finanziellen Kapitalmangeln in der Landwirtschaft ist ein Rückbau von 9 bis 15 v. H. und sogar noch darüber untragbar. Es müssen alle vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um dem Bindungsproblem an den Nerv zu geben.

2. Die zweite große Aufgabe unserer künftigen Agrarpolitik ist die Ordnung der Absatzverbindlichkeiten im eigenen Lande. Die Sicherung des Absatzes durch staatliche Maßnahmen ist jedoch nur begrenzt möglich. Der Staat muss sich darauf beschränken, durch Schaffung von Handelsklassen, durch Bereitstellung von Mitteln zur Binderverbilligung für landwirtschaftliche Absatzorganisationen und notfalls durch zwangsweise Zusammensetzung landwirtschaftlicher Bewertungsorganisationen der Selbsthilfe die Landwirtschaft zu erleichtern.

Eingehendere Darlegungen machte der Minister über den § 88 des Milchgesetzes. Ausgehend von dem Gesamtabfuhrverlust der Milchwirtschaft von rund 1 Milliarde Reichsmark, betonte Schiele, dass die

unzureichende Bewertung der Milch

bei der Verbutterung die Ursache für das unwirtschaftliche Streben aller Molkereien nach Frischmilchabfall sei. Wenn man zu hochwertigen Qualitäten und zu angemessener Qualitätsbezahlung gelangen wolle, sei die strenge Zusammensetzung der Milchwirtschaft und die rationelle Organisation der Absatz- und Versorgungsverhältnisse Voraussetzung. Die Handhabe hierfür sei den Ländern durch den § 88 des Milchgesetzes gegeben. Der Minister riefte einen Appell an die Landwirtschaftsminister der Länder, die ihnen gegebenen Möglichkeiten des § 88 tatkräftig auszunutzen.

3. Neben der Organisation des Absatzes sei

die Finanzierung des Absatzes

dringender denn je. Nach einem eingehenden Überblick über die bereits geschaffenen Ertragsfinanzierungsmaßnahmen legte der Minister seine Vorschläge zur Ausdehnung der Absatzfinanzierung und der damit verbundenen Binderverbilligung für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie

Die Not der Gemeinden

Über die Lage der Reichsfinanzen ist in den letzten Monaten seit dem Erlass der Juni-Notverordnung, die uns die Krisenlohnsteuer brachte, nicht mehr viel in die Öffentlichkeit gedrungen. Das in Dauerferien geschiehte Parlament war als lästiger Frosch ausgeschaltet. Der Hooverplan hat natürlich zu einer wesentlichen Entlastung des Reiches beigetragen, und der Reichsfinanzminister hat es an gelegentlichen optimistischen Beratungen nicht fehlen lassen. Trotzdem ist der Zustand der Reichsfinanzen ernst, was daraus zu entnehmen ist, dass wir in einigen Wochen eine neue Steuernotverordnung zu erwarten haben werden. Um uns jedoch ein richtiges Bild über die finanziellen Verhältnisse in unserem Vaterland zu machen, genügt es nicht, sich allein um die Reichsfinanzen zu kümmern. Was würde uns der beste Zustand derselben nützen, wenn unterdessen Länder und Gemeinden zusammenbrechen. Da seit der Erzbergerischen Reform das Steuerwesen Deutschlands völlig in Berlin zentralisiert ist, kann der Reichsfinanzminister auch nicht seine Hände in Unschuld waschen, wenn es im Portemonnaie des Reiches extraktiv aussieht, aber dafür um so schlimmer in dem der Länder und Gemeinden. Er ist für den finanziellen Zustand aller Teile des Reiches verantwortlich, und die vorhandenen Mittel müssen so verteilt werden, wie es den Aufgabenkreis der einzelnen Glieder entspricht. Das ist eigentlich eine so simple Selbstverständlichkeit, dass es nicht nötig sein sollte, sie anzuhören. Und doch wurde mit der wachsenden Wirtschaftskrise immer mehr gegen sie verstoßen. Schon vor Jahresfrist konnte man beobachten, dass die Sanierungsbestrebungen des Reiches ausschließlich auf Kosten der Länder und Gemeinden, namentlich der leichten, gingen. Den Ländern hat man ja jetzt geholfen. Wenigstens was man heute so helfen heißt; man hat ihnen die staatsrechtlich sehr bedeutsame außerordentliche Notverordnungsvollmacht gegeben, durch die sie in Stand gelegt werden, mittels einer rigorosen Spars- ja selbst Steuropolitik "Ordnung" in ihre Staatsanzeige zu bringen.

So bleiben gemäß dem Sprichwort "den leichten beißen die Hunde" die Gemeinden übrig. Sie haben eine der Hauptlasten der Wirtschaftskrise zu tragen: die Unterstützungen für die ausgewehrten Erwerbslosen. Je länger die Krise andauert, um so mehr schwierig naturnotwendig dieses graue Heer des Glebens an. Eine geordnete Finanzpolitik der Gemeinden ist dadurch überhaupt in Frage gestellt. Wie hoch diese Lasten sind, erhielt die letzte Reichstagssitzung, die allerdings schon vom Juni stammt und die mittlerweile durch das folzmäßige Anwachsen der Erwerbslosenzahl auch zuverlässig der Gemeinden überholt ist. Danach erhielten Arbeitslosenversicherung 1412 818 gleich 35,7 Prozent, Arbeiterunterstützung befamen 941 844 gleich 29,8 Prozent und in der Wohlfahrtspflege der Gemeinden standen 1 017 161 = 25,7 Prozent. Nicht unterstützt wurden 588 188 = 14,8 Prozent. Die Arbeiterunterstützungen sind die Reservearmee für die Wohlfahrtsfürsorge. Man kann daraus ersehen, welchen neuen Aufgaben die Gemeinden bereits in kurzer Zeit mit Sicherheit gegenüberstehen, zumal an einer Konjunkturumschwung ja in den kommenden Herbst- und Wintermonaten nicht zu denken ist. Bereits jetzt aber weisen die Gemeinden in ihrer Gesamtheit ein Defizit von über 800 Millionen auf, das sich täglich vergrößert.

Um ihrer Not abzuholzen, haben die Gemeinden Vorschläge gemacht, und zwar nach ihrer Großenordnung getrennt. Bekannt sind die Vorschläge des Deutschen Städtebundes, der Organisation der deutschen Großstädte, der sich damit zum Wortführer auch der übrigen Gemeinden gemacht hat. Er will durch größte Sparfamilie, durch weitgehenden Abbau städtischer Aufgaben und durch Senfung der Personalaufgaben 200 bis 250 Millionen des insgesamt 800 Millionen betragenden Defizits befreiten. Für den verbleibenden Rest von 800 Millionen, der im wesentlichen durch die wachsenden Fürsorgeaufgaben verursacht worden ist, soll das Reich auszuhelfen. Mit diesen Sparvorschlägen haben sich nun die im deutschen Landgemeindetag organisierten Kleinstädte und Landgemeinden nicht völlig einverstanden erklärt. Sie haben darauf hingewiesen, dass sich damit ihre Not nicht beseitigen lasse. Sie erklären, dass der Städtebund nur für ein Drittel der Gesamtbevölkerung sprechen könne, für die übrigen zwei Drittel sei sein Programm nicht verwendbar. Schon seit Jahren hätten sie ihre Verwaltung auf größte Sparfamilie eingestellt, keine Luxusbauten seien entstanden, keine Städte, keine Sportplätze, keine Bäder und sonstigen Einrichtungen, die sich die Großstädte in den letzten Jahren in geradezu frevelhafter Hoffnung auf noch bessere Zeiten geleistet hätten. An Bauten könne man nicht sparen, weil ein Bauetat größtenteils nicht existiere. Wegeausbesserung werde schon sowieso nur gemacht, wenn die Aufsichtsbehörde sie erzwinge. Am Personalaufwand könne nichts gekürzt werden, weil vier Fünftel der Landgemeinden ihren Städtebund nicht ins Gewicht. Lediglich bleiben also nur noch die Fürsorgeaufgaben. Hier nun erheben die Landgemeinden in Übereinstimmung mit den Großstädten die Forderung, die Fürsorgeempfänger mit

Die Forderung der nationalen Opposition

Nicht Curtius, das Gesamtkabinett soll zurücktreten

Berlin, 11. Sept. (Ein. Drahtmeldung.) Die offizielle Parteierteilung der Deutschen Nationalen Volkspartei belässt sich heute mit dem in der Regierungspresse, vor allem in den führenden Zeitungsaufnahmen zum Ausdruck gebrachten Verlangen, den Reichsaußenminister Dr. Curtius seines Postens zu entheben. Dadurch, dass ein dem Reichskanzler so nahestehendes Organ wie die "Merian" dem Reichsaußenminister unmissverständlich bedeutet, dass er aus der zahlreichen Gegnerfront die Konsequenzen ziehen müsse, unternehme dieses Blatt einen Dolchstoß gegen den Vertreter deutscher Interessen im Auslande. Der Reichskanzler glaube anscheinend durch Aufgabe von Curtius seine eigene Stellung halten zu können. Die Deutschnationale Parteierteilung erklärt dann weiter: "Die Deutschnationale Volkspartei und die gesamte nationale Opposition haben

keine Veranlassung, den Kopf von Dr. Curtius zu fordern. Sie fordern, wie das in den Reihen ihrer Freunde klar zum Ausdruck kommt, den Rücktritt des Gesamtkabinetts.

Das Kabinett, und an der Spitze Herr Brünning, sind für die Niederlage in der Wissensfrage verantwortlich und nicht Herr Curtius allein. Das Gesamtkabinett muss daher die von der "Germania" geforderten Konsequenzen ziehen. Brünning hofft, mit einem neuen Mann noch einmal neue Hoffnungen auf das alte Kabinett knüpfen zu können. Diese Hoffnungen sind zwecklos. Sie würden nur eine Verlängerung des Leidensweges bedeuten, den das deutsche Volk unter diesem Kabinett hat gehen müssen.

Der ganze außenpolitische Kurs ist in den letzten Tagen so völlig eindeutig auf Frankreich abgestellt worden, das jede Ansicht, in der Außenpolitik einen Erfolg zu erzielen, hinfällig geworden ist.

Das Kabinett ist aber gar nicht einmal wegen der Niederlage in Frankreich für den Rücktritt. Nicht nur in der deutsch-österreichischen Frage ist es gescheitert, sondern auch in der Gesamtropolitik. Brünning hatte bei seinem Regierungseintritt die These geprägt: Erst Sanierung der Finanzen, dann Revision nach außen. Diese These war falsch. Wäre der erste Punkt durchführbar gewesen, so wäre der Grund für eine Revision der Reparationen weggeflossen. Diese These war darüber hinaus unmöglich, denn die Finanzen können nicht saniert werden, solange die Reparationen gezahlt werden müssen. Inzwischen scheint sogar das Kabinett dies erkannt zu haben. Der Finanzminister Dietrich hat in öffentlicher Rede die Verfehltheit dieser These bestehend, indem er den entgegengesetzten Weg vorschlägt. Nicht den Rücktritt Curtius', sondern den Rücktritt des Gesamtkabinetts fordert daher die nationale Opposition und die ständig wachsende Wählerschaft, die hinter ihr steht."

Beileid des Reichspräsidenten an Baden. Anlässlich des Ablebens des badischen Staatsoberhaupten Wittmann hat der Reichspräsident der badischen Landesregierung und den Angehörigen telegraphisch sein Beileid ausgedrückt.